

Wirtschafts-WiSt wissenschaftliches Studium

Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt

Gründungsherausgeber: Prof. Dr. Dr. h.c. Erwin Dichtl † · Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing
Herausgeber: Prof. Dr. Norbert Berthold · Prof. Dr. Michael Lingenfelder

Heft 10
35. Jahrgang
Oktober 2006

Im Visier

Erkenntnis und Interesse

Dem wöchentlich erscheinenden Informationsdienst des *Instituts der deutschen Wirtschaft* („iwd“) wird monatlich von Februar bis November eine vierseitige Broschüre „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt. Nun wundert es nicht, wenn die Zahlen aus dem arbeitgebernahen Haus klientelorientiert aufbereitet sind, doch zuweilen wird der Bogen arg überspannt (vgl. nur *Helmedag, F.*, Milchmädchenrechnungen als Methode, in: WiSt, 33. Jg. (2004), S. 513).

Dies gilt auch für die bereitgestellten Unterrichtsmaterialien. So wurde vor kurzem sogar im Doppelpack die unten wiedergegebene Abbildung interpretiert. Sie findet sich in der von *D. H. Enste* und *B. Meier* verfassten Ausgabe von *Wirtschaft und Unterricht* Nr. 9/2005 mit dem Titel „Markt und Moral, Was ist eigentlich ‚sozial‘?“ sowie erneut in



Quelle: *Wirtschaft und Unterricht*, Nr. 3/2006

fast identischer Form in dem Beitrag von *J. Pimpertz*, „Soziale Marktwirtschaft, Die Grenzen des Sozialen“, erschienen als *Wirtschaft und Unterricht* Nr. 3/2006.

Das Lernziel ist klar: Den Schülern soll vermittelt werden, dass der angeblich überbordende Sozialstaat die Investitionen einschnüre. Eine entsprechende Passage in *Wirtschaft und Unterricht* Nr. 9/2005 lautet:

„Die soziale Vor- und Fürsorge wurde immer weiter auf Kosten der Gesamtheit zugunsten einzelner, nicht wirklich bedürftiger Interessengruppen ausgedehnt ... Was aber in den Sozialkonsum fließt, schränkt die Leistungsanreize genauso ein wie die Möglichkeiten für den Erhalt und den Aufbau des Kapitalstocks etwa in Form von Maschinen, Gebäuden oder Infrastruktur.“

Ins gleiche Horn bläst der Autor der Handreichung 3/2006. An den Ausführungen ist jedoch aus mehreren Gründen Kritik zu üben. Zunächst einmal wählen die Autoren Formulierungen, welche die objektiven Tatbestände in einen genehmten Licht tauchen. Ein eher subtiles Beispiel aus der zuletzt erwähnten Unterrichtsbeilage mag hier genügen. Demnach ist die Sozialleistungsquote auf „rund 30 Prozent Ende der siebziger Jahre gestiegen“; nach einer „Konsolidierung“ – wobei es sich bereits in der zweiten Hälfte des Dezenniums um eine Senkung handelt – „übertrifft“ sie seit Mitte der neunziger Jahre aber wieder die 30-Prozent-Marke. Laut Abbildung liegen allerdings die Sozialleistungsquoten 1975 und 1996 nur unwesentlich unter den 32,2% des Jahres 2003. Und die Leser erinnert man schon gar nicht daran, dass das hohe Niveau in den 70er Jahren für den Westen Deutschlands gegolten hat, wo seinerzeit weder Lasten der Vereinigung noch der Massenarbeitslosigkeit zu tragen waren. Stattdessen bieten die Institutsmitarbeiter eine selektive Beschreibung, dergemäß die Sozialquote seit der Jahrtausendwende „alljährlich neue Rekordwerte“ erreiche.

Freilich ist nicht nur die Überzeichnung bzw. die lückenhafte Wiedergabe der Verhältnisse zu monieren. Noch

Fortsetzung auf Seite 547

schwerer wiegt die präsentierte scheinbare **Kausalität** zwischen den Zeitreihen, die ohne jede wirtschaftstheoretische Fundierung einfach unterstellt wird. Wenn der Zusammenhang so gälte, wie es die Kölner Informanten verbreiten, dann müssten die Entwicklungsländer dieser Erde in ökonomischer Hinsicht wahre Paradiese sein. Die Wirklichkeit lehrt indes eher das Gegenteil.

Wie schon eine oberflächliche Betrachtung der Kurvenverläufe zeigt, gilt keineswegs eine strenge Korrelation zwischen der Sozialleistungs- und der Investitionsquote. Vielmehr spricht einiges dafür, dass in Deutschland trotz etlicher „Reformen“ der jüngeren Vergangenheit die Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gerade deshalb recht hoch sind, *weil* die privaten und öffent-

lichen Investitionen deutlich zurückgefahren wurden. Dementsprechend war nur ein bescheidenes Wachstum zu verbuchen; die schwache Binnenkonjunktur hat die Dynamik der wirtschaftlichen Aktivität gebremst. Eine Kräftigung der effektiven Nachfrage riefe hingegen expansive Multiplikatorprozesse hervor, die Deutschland mehr Beschäftigung, ein höheres Bruttoinlandsprodukt und damit eine geringere Sozialleistungsquote bescherten. Ein Bruch wird eben kleiner, wenn die Veränderungsrate des Nenners größer ist als die des Zählers. Oder sollte eine Aufklärung über die Fakten etwa gar nicht so sehr im Interesse des Unternehmerlagers sein?

Prof. Dr. *Fritz Helmedag*, Chemnitz